



Der Kunsthistorische Studierendenkongress

Die Vollversammlung aller Studierenden der Kunstgeschichte und Kunstwissenschaften des deutschsprachigen Raumes

E-Mail: sprecher_innenrat@derksk.org

Homepage: <https://www.derksk.org/>

Positionspapier für faire Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Bochum, den 07.06.2025

Wir, der Kunsthistorische Studierendenkongress, stellen uns als Vollversammlung der kunstwissenschaftlichen und kunstgeschichtlichen Fachschaften im gesamten deutschsprachigen Raum entschieden hinter die Forderungen von TVStud für einen bundesweiten und einheitlichen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.¹

Als Tutor*innen sind sie wichtige strukturelle Ansprechpartner*innen für Studierende, als Assistent*innen der Professuren in der Lehrvorbereitung leisten sie entscheidende Arbeit und als Hilfskräfte beteiligen sie sich in Forschungsprojekten an der Zukunft der Wissenschaft. Trotz der Relevanz ihrer Arbeit gelten dabei 77,8% der studentischen Beschäftigten als armutsgefährdet.² Kettenbefristungen und die Notwendigkeit zur gleichzeitigen Annahme mehrerer universitärer Jobs mit variierenden Laufzeiten führen studentische Beschäftigte zur Perspektivlosigkeit. Bestehende finanzielle Privilegien dürfen und sollten nicht der Zugangsfaktor für studentische Erwerbsarbeit sein. Eine Beschäftigung an der Universität ist für viele der erste Schritt zur Partizipation in der Wissenschaft. Wir sind nicht gewillt zu akzeptieren, dass dieser Zugang durch Barrieren erschwert wird, die einer diverseren Arbeiter*innenschaft entgegenstehen.



Für einheitliche Tarifverträge für studentische Beschäftigte mit existenzsichernden Löhnen, jährlichen Lohnerhöhungen und für die Anbindung an die Lohnsteigerung des Tarifvertrags der Länder!

Derzeit sind studentische Beschäftigte (Hilfskräfte, Assistent*innen und Tutor*innen) vom Tarifvertrag der Länder (TV-L) ausgeschlossen und sind außer in Berlin ohne einen eigenen Tarifvertrag eingestellt. Lohnzahlungen liegen meistens knapp über dem Mindestlohn. Wir fordern einen Tarifvertrag mit existenzsichernden Löhnen und die tarifliche Festschreibung regelmäßiger Lohnerhöhungen, die an die steigenden Lebensunterhaltungskosten angepasst sind. Das ermöglicht zugleich auch eine Diversifizierung der Perspektiven Beschäftigter an den Hochschulen.



Für eine Planbarkeit durch Mindestvertragslaufzeiten und für das Ende von Kettenbefristungen!

¹ Abgestimmt auf dem Plenum des 107. KSK in Bochum am 07.06.2025.

² Hopp, Marvin/ Hoffmann, Ann-Kathrin/ Zielke, Aaron/ Leslie, Lukas/ Seeliger, Martin (2023): Jung, akademisch, prekär. Studentische Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen: eine Ausnahme vom dualen System regulierter Arbeitsbeziehungen. Bremen: iaw, S. 124, <https://www.iaw.uni-bremen.de/archiv/mitteilungen/detail?news=90#news90> (letzter Zugriff am 07.06.2025).

Momentan sind studentische Beschäftigte häufig in Kettenbefristungen gefangen, die eine Planbarkeit unmöglich machen. Wir fordern eine tariflich festgelegte Mindestbeschäftigungsdauer von zwei Jahren. Denn eine Mindestvertragsdauer ermöglicht längerfristige Perspektiven und weniger starke Abhängigkeiten.



Für eine Verbesserung und Kontrolle der Standards von Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Jahressonderzahlungen

Wir fordern 30 Urlaubstage, mindestens 6 Wochen Krankengeld, eine jährliche Sonderzahlung und Zuschläge bei Arbeitszeiten an Wochenenden und Feiertagen sowie im Besonderen die Kontrolle der Einhaltung dieser Standards.



Für eigenständige studentische Personalräte oder studentische Beschäftigte in den regulären Personalräten

Studentische Beschäftigte haben in der Regel kein Stimmrecht in Personalräten oder eine eigenständige Interessenvertretung (außer in Berlin und Brandenburg). Damit werden sie strukturell von der Mitbestimmung ausgeschlossen und ihre Interessen als Arbeitnehmende werden nicht berücksichtigt. Wir unterstützen die Forderung der TVStud-Kampagne für bundesweit studentische Personalräte nach dem Vorbild von Berlin und Brandenburg oder das Konzept der Integration studentisch Beschäftigter in den regulären Personalräten.



Für eine ausreichende Arbeitsplatzausstattung für studentische Beschäftigte!

Die studentische Arbeitsrealität ist vielfach durch unzureichende räumliche und technische Ausstattung geprägt. In vielen Fällen fehlt es an festen Arbeitsplätzen oder geeigneter technischer Ausstattung. Wir fordern die verbindliche Verankerung eines Anspruchs auf angemessene Ausstattung des Arbeitsortes für studentische Beschäftigte. Darunter fallen insbesondere die Bereitstellung eines Büroarbeitsplatzes und eines voll funktionsfähigen, dienstlich nutzbaren Computers. Es darf keine Verpflichtung bestehen, eigene Geräte oder Arbeitsmittel zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben einzusetzen. Diese Maßnahmen sind erforderlich, um die Arbeitsfähigkeit sicherzustellen, die Chancengleichheit im Beschäftigungsverhältnis zu wahren und das Prinzip der Gleichbehandlung gegenüber anderen Beschäftigtengruppen einzuhalten.



Für die Abschaffung des WissZeitVG

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse aufgrund befristeter Stellen sind in der Wissenschaft bereits während des Bachelorstudiums existent. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) lässt eine Beschäftigung für "wissenschaftliche oder künstlerische Hilfstätigkeiten" für einen Zeitraum von insgesamt sechs Jahren für nicht-promoviertes Personal zu. Wir fordern eine Abschaffung oder zumindest eine Anpassung

des WissZeitVG an die Lebensrealitäten von studentischen Beschäftigten, sowie eine Sensibilisierung für die Doppelbelastung durch Care-Arbeit, Arbeit und Studium.



Für Schutz vor Arbeitszeitverstößen durch Zeiterfassung

Die wöchentlich stark schwankende Arbeitsbelastung von studentischen Beschäftigten vermittelt den Druck zur ständigen Abrufbarkeit und hat unbezahlte und undokumentierte Überstunden zur Folge. Wir fordern die Einhaltung der Arbeitszeiterfassungspflicht. Die Dokumentation der Arbeitszeiten, das heißt Zeiträumen, in denen die studentischen Beschäftigten zur Arbeit zur Verfügung stehen, bedeutet eine erhebliche mentale Entlastung und schützt sie vor Arbeitszeitverstößen.



Für Wissenschaft ohne Kürzungen

Die Kürzungen in der Haushaltspolitik auf Bundes- und Landesebene gefährden den universitären und wissenschaftlichen Betrieb. Die damit drohende Reduzierung studentischer Hilfskraftstellen und die ausbleibende Nachbesetzung ihrer Stunden erhöhen die Barrieren für einen Einstieg in die Wissenschaft, für den sich der KSK seit 1969 explizit einsetzt. Wir fordern eine Rücknahme und einen Stopp von weiteren Kürzungen, um den demokratischen Zugang zu Wissenschaft auch perspektivisch zu erhalten und auszubauen.

Mit dieser Positionierung möchten wir uns den zahlreichen Bundesfachschaftstagungen anschließen, die sich mit [TVStud](#) und ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten solidarisiert haben.

Der Kunsthistorische Studierendenkongress (KSK)

(die Vertretung aller Studierenden der Kunstgeschichte und Kunstwissenschaften des deutschsprachigen Raumes)